

- Pressemitteilung -

Frankfurt am Main, 9. September 2025

Suizidprävention gesetzlich stärken: Frankfurter Netzwerk für Suizidprävention legt umfassende Empfehlungen vor

Anlässlich des Welttags der Suizidprävention am 10. September 2025 legt das Frankfurter Netzwerk für Suizidprävention (FRANS) eine umfangreiche Stellungnahme zum geplanten Suizidpräventionsgesetz vor. Das Netzwerk, das vom Gesundheitsamt der Stadt Frankfurt am Main aus koordiniert wird, fordert in seiner Stellungnahme klare gesetzliche Regelungen für eine bundesweit flächendeckende, niedrigschwellige und langfristig finanzierte Suizidprävention.

Prävention ist mehr als Versorgung

FRANS unterstreicht in seiner Stellungnahme, dass Prävention in verschiedenen Bereichen wie Schule, Stadtplanung, sozialer Arbeit und digitalen Räumen mitgedacht werden müsse. „Entscheidend ist, dass Angebote frühzeitig zugänglich, barrierefrei und inklusiv sind – für alle Altersgruppen und unabhängig von Herkunft oder sozialem Status“ erläutert Elke Voitl, Dezernentin für Soziales und Gesundheit. „Suizidprävention ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe – und beginnt bereits im Alltag“, betont Dr. Peter Tinnemann, Leiter des Frankfurter Gesundheitsamts.

Finanzierung sichern, Doppelstrukturen vermeiden

FRANS fordert eine nachhaltige und eigenständige Finanzierung der Prävention. Eine Umverteilung aus bestehenden Budgets ist aus Sicht des Netzwerks nicht ausreichend, verschiedene Kostenträger müssten eingebunden werden. Neben Projekten müsse auch die strukturelle Basisarbeit dauerhaft finanziert werden. Etablierte und wirksame Angebote dürfen nicht an fehlender Finanzierung scheitern.

Koordinierung und regionale Netzwerke ausbauen

Ein wichtiges Element der Stellungnahme ist die Forderung nach einer unabhängigen Koordinierungsstelle auf Bundesebene. Diese soll Leitlinien entwickeln, Forschung bündeln und Kampagnen koordinieren. Gleichzeitig müssten bestehende regionale Netzwerke wie beispielsweise FRANS gefördert und flächendeckend ausgebaut werden. Gesundheitsämter, psychosoziale Dienste und lokale Träger sollten hier eng zusammenarbeiten. „Regionale Netzwerke wie FRANS zeigen seit Jahren, wie Suizidpräven-

tion vor Ort funktionieren kann“, erklärt Inga Beig, die FRANS gemeinsam mit Nora Hauschild und Victoria Dichter, vom Frankfurter Gesundheitsamt aus koordiniert. „Doch damit solche Strukturen nachhaltig wirken können, brauchen sie langfristige Unterstützung, klare Zuständigkeiten und eine verbindliche Einbindung in die öffentlichen Gesundheitsstrukturen.“

Datenlage verbessern, Forschung stärken

Eine bundesweit einheitliche, verlässliche Erfassung von Suiziden, Suizidversuchen und assistierten Suiziden ist laut FRANS unerlässlich. Nur so ließen sich Maßnahmen evaluieren und zielgerichtet weiterentwickeln. Auch die Suizidforschung müsse gestärkt und dauerhaft gefördert werden – mit festen Stellen und transparenten Förderstrukturen.

Krisenhilfe und Aufklärung ausbauen

Eine zentrale Maßnahme der Suizidprävention ist aus Sicht von FRANS ein bundesweites, kostenfreies Notfallangebot, das rund um die Uhr telefonisch und per Chat erreichbar ist und von einem eigenen Team qualifizierter Fachleute betrieben wird. Ergänzt werden sollte dies durch flächendeckende Krisendienste und gut vernetzte, niedrigschwellige Beratungsstellen. Auch die Nachsorge für Angehörige und Hinterbliebene sollte fester Bestandteil des Gesetzes werden. Öffentlichkeitsarbeit, Aufklärung und Entstigmatisierung sind weitere wichtige Säulen.

Gemeinsame Verantwortung

„Suizidprävention betrifft uns alle – sie muss politisch gewollt, fachlich fundiert und finanziell gesichert sein“, sagt Dr. Christiane Schlang, Leiterin der Abteilung Psychische Gesundheit des Gesundheitsamtes. FRANS bietet seine Erfahrung aus über zehn Jahren Netzwerkarbeit an, um gemeinsam mit Politik und Zivilgesellschaft tragfähige Strukturen für eine wirksame Suizidprävention in Deutschland zu schaffen.

Über FRANS

Das Frankfurter Netzwerk für Suizidprävention (FRANS) wurde 2014 auf Initiative des Frankfurter Gesundheitsamtes gegründet und wird seitdem von dort aus koordiniert. FRANS ist ein Zusammenschluss von mehr als 75 Institutionen und Organisationen, die gemeinsam eine Verringerung von Suiziden und Suizidversuchen in Frankfurt am Main erreichen möchten.

Die Stellungnahme des Frankfurter Netzwerk für Suizidprävention zum Suizidpräventionsgesetz ist dieser Pressemitteilung beigelegt.

Kontakt für die Medien: Gesundheitsamt Frankfurt, Pressestelle, E-Mail:
presse.gesundheitsamt@stadt-frankfurt.de